



Bereich: EUV Stadtbetrieb
Az:
Datum: 05.02.2010

2010/064
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Umweltausschuss	02.03.2010	

Betreff

Sachstandsbericht Änderung der Einspeisevergütung und deren Auswirkung auf zukünftige Planungen

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Umweltausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Dobrindt
Techn. Beigeordneter

Werner
Vorstand

Sachverhalt

In der Sitzung des Umweltausschusses vom 26.01.2010 wurde die Verwaltung beauftragt, einen Bericht zu der aktuellen Entwicklung bezüglich der Einspeisevergütung vorzulegen.

Am 20.01.2010 wurde von der Bundesregierung angekündigt, dass die Einspeisevergütung für Solarstrom (Dachanlagen) zum 1. April 2010 um 15 % gekürzt werden soll. Für Freiflächenanlagen wird dieses erst zum 01. Juli 2010 erfolgen. Zu den 15 % sollen zusätzlich nochmals 10 % weniger gezahlt werden, wenn Solaranlagen auf Ackerflächen errichtet werden. Der Eigenverbrauch soll weiterhin und sogar stärker gefördert werden.

Des Weiteren bleiben voraussichtlich die festgelegten Degressionsstufen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erhalten (Die Höhe der Einspeisevergütung verringert sich mit jedem Jahr um gesetzlich festgelegte Prozentpunkte. In 2008 beträgt die Degression z. B. 5 %. In 2009/2010 sinken die Vergütungssätze für Dachanlagen bis 100 kW um 8 % und ab 2011 um 9 %.). Neu eingeführt werden zusätzlich mengenabhängige Abschläge. D.h. ein jährlicher Gesamtzubau ab 3.500 MW bedeutet eine zusätzliche Absenkung um 2,5%, jede weitere 500 Megawatt mit weiteren 2,5%.

Fachleute der Branche erwarten, dass die Preise für Photovoltaikanlagen in den nächsten Wochen leicht anziehen werden und sich somit die noch festgeschriebene höhere Vergütung nicht rechnen wird. Ab April 2010 dürften die Preise dagegen wieder fallen, und zwar um 10 bis 15 % bis zum Jahresende, so die derzeitigen Erwartungen der Solarbranche. Bereits im vergangenen Jahr waren die Preise im Mittel um 30 Prozent gesunken.

Weiterer Bericht in der Sitzung.